

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl Staatsbank, Dresden,  
Bank der Arbeiter, Knaackstr. 10,  
und Gebrüder Knaack, Dresden,  
Gebrüder Knaack, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Inhaber des Blattes ist es durch oder ohne Geißel höherer Behörden, in der Zeit der Dresdner Volkszeitung seinen Anbruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abdruckpreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage: 20 Pf., die  
„Licht. Rund.“ außerdem „Volk und Welt“ monatlich 2,50 Pf.,  
entsprechend 10 Pf., ausgl. Volk u. Welt, 10 Pf.,  
entsprechend 10 Pf., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-  
stunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 13 707.  
Telefax-Nr. vom früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abdruckpreis: Die 30 mm breite Monatshefte 85 Pf., die  
30 mm breite Heftausgabe 2 Pf., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 Pf.,  
entsprechend 10 Pf., ausgl. Volk u. Welt, 10 Pf.,  
entsprechend 10 Pf., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 38

Dresden, Montag, den 15. Februar 1932

43. Jahrgang

## Die Republik und ihre Jugend

### Groener gegen Jugendverhexung Die Hakenkreuzpest auf den Schulen

### Sie lügen! - Sie lügen! Die neueste Lüge: Inflation!

Der Reichsminister des Innern hat den Führern sämtlicher im Reichstag vertretenen Parteien über die Fernhaltung der Parteipolitik von der wahlmündigen Jugend ein längeres Schreiben zugehen lassen, dem wir folgendes entnehmen:

Die parteipolitische Gegenfähigkeit hat sich bei der Jugend immer mehr als Nährboden jugendfremden Hassgeistes und schmerzlicher Enttäuschungen erwiesen. Sogar die Ermordung Jugendlicher durch Jugendliche nur wegen parteipolitischer Gegenüberstellung ist zu verzeichnen. Eine solche Tat hat erst in der letzten Zeit allgemeinen Entsetzens hervorgerufen und die ernste Aufregung über den beklagenswerten Lauf der Dinge allgemein verbreiteter konnte der Entartungsprozess, der einen Teil unserer Jugend erfaßt hat, der deutschen Allgemeinheit nicht vor Augen geführt werden. Dies muß allen zu Herzen gehen, die für die Zukunft des deutschen Volkes insofern Stellung im öffentlichen Leben mitverantwortlich sind.

Soweit die Politisierung der Schuljugend in Betracht kommt, habe ich dieser Tage mit den Herren Kultusministern der deutschen Länder beraten, welche Maßnahmen geeignet erscheinen, die Parteipolitik von der Schule fernzuhalten. Ich habe bei dieser Aussprache meinen schon früher erörterten und durch die neuerliche Verschärfung der Lage gereiften Vorschlag bekräftigt, einen Appell an die Führer der politischen Parteien zu richten, sie möchten angesichts der auf dem Spiel stehenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ermägen, ab nicht ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Vertiefung der Jugend, die das Wahlergebnis noch nicht erreicht hat, eingestellt werden könnte. Ich möchte hiermit meine Bitte verneinlichen und an Sie mit diesem Appell herantreten, den ich gleichzeitig den anderen Parteiführern zuleite. Es ist mir klar, daß angesichts der gesamten Verhältnisse der von mir angeregte Versuch der Parteien auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlmündigen Jugend mancherlei Einwände begegnen wird. Die rasche und besonders schwere Verschlimmerung der Verhältnisse, die ich oben erwähnte, läßt aber nur von einem radikalen Eingreifen eine Wendung zum Besseren in der m. E. verhängnisvollen Entwicklung der Dinge erhoffen. Es muß nach meiner Ansicht allen am Herzen liegen, daß die Jugend mit Aufgeschlossenheit und bei aller Begeisterung für die vorstehenden Ziele doch voll echter Menschlichkeit und tiefen Gerechtigkeitsgesinnung, voll ernstlichen Strebens nach innerer Harmonie des Geistes und Charakteres in die Mündigkeit eintritt.

Schon heute werden übrigens die fünfjährigen Kräfte des deutschen Volkes vom Auslande zu einem großen Teil nach dem Bilde

beurteilt, das unsere Jugend, die kommende Vertreterin Deutschlands, in der Gegenwart darbietet. So erscheint es mir auch vom außenpolitischen Standpunkt aus dringend empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der wahlmündigen Jugend, das nach dem heutigen Stand der Dinge nur ein zwiespältiges, sich in inneren Kämpfen verzehrendes Deutschland der Zukunft erwarten ließe, ein Ende zu machen.

Auch dieser zweite Appell Groeners wird wirkungslos verhallen, denn die Hitler-Partei, auf die es in diesem Falle besonders ankommt, wird weiter bei der Jugendverhexung bleiben. Sie lebt ja zu fünfzig Prozent davon. Wir geben zu, daß auch die Kommunisten darauf eingestellt sind, die Jugend frühzeitig mit Schlagworten und Phrasen politisch zu vergiften, statt politisch zu bilden. Doch in der Volksschule spielt die Schüleragitator eine geringere Rolle. Sie entfaltet sich vor allem auf den höheren Schulen. Und dort verheulen die Hakenkreuzler das Gros der Jugend mit terroristischen, putzkräftigen, blutrünstigen Auffassungen. Sie werden dabei unterstützt von Hakenkreuzprofessoren und reaktionären Studienräten, die von der Republik kaputt ihre Gehalt beziehen und gleichzeitig die Jugend mit antirepublikanischem, antidemokratischem, faschistischem Gift infizieren.

Wenn Groeners berechtigte Forderungen nicht ein wirkungsloser Appell bleiben sollen, so gilt das vor allem, diesen falschen Lehrern, diesen Mißpädagogen, diesen Hakenkreuzprofessoren das Handwerk zu legen! Bis heute sind noch immer selbst die schweren Fälle hakenkreuzlerischer Schülerverhexung in den Schulen nicht mit genügender Nachdruck verfolgt und geahndet worden. Hier gilt es einzusetzen. Herr Groener!

Jeder verständige Mensch wird wünschen, daß die Jugend von Bürgerkriegsgeist und Terrorgegnung frei bleibt, daß die Parteien sich bemühen, ihrer Jugend eine ihren Jahren gemäße politische Bildung statt politische Vergiftung zu vermitteln. Die wahre Aufgabe des Staates aber scheint uns zu sein, darauf zu achten, daß diese Jugend im Geiste der Republik erzogen und mit der Bedeutung, mit den großen Gedanken und den sozialen Forderungen der Verfassung genügend vertraut gemacht wird.

Diese Zeilen stehen über einem von den Nazis verbreiteten Flugblatt, das sich Flammenwerfer nennt und ein Musterbeispiel dafür ist, wie die Hitler-Deute zu lügen verstehen. Bekanntlich will der fanatische volkswirtschaftliche Sachverständige der Nazis, der Herr Feder, die Welt von allem wirtschaftlichen Unheil heilen, indem er fleißig Geld drucken läßt, das der Staat zum Beispiel dann ausgeben soll, wenn er neue Anlagen schaffen, wenn er zum Beispiel Eisenbahnen bauen will. Jeder, der von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen nur einige Ahnung hat, weiß, daß eine solche Notendrucker zur Inflation führen muß. Die Nazis sind auch recht naiv mit den großen Herren von der Schwerindustrie verbrüdet, die sich gern von ihren Schulden durch eine neue Inflation erleichtern möchten. Natürlich haben die Hitler-Deute alles Interesse daran, die Tatsache zu verhüllen, daß bei ihnen allerhand Inflationsgelüste vorhanden sind, und so handeln sie nach dem Rezept: Halte den Dieb! Sie jucken den Ausdehnung zu erwecken, als wenn an der Inflation, die das deutsche Volk durchmachen mußte, die Sozialdemokratie schuld gewesen sei. In dem „Flammenwerfer“ ist inmitten von Abbildungen von allerhand Inflationsgeldscheinen folgendes zu lesen:

Reichsgesetzblatt 1921, Seite 508:

„Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

1. Die Vorschrift im § 17 des Bankgesetzes, wonach der Teil der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten, der durch kurzfristiges deutsches Geld, Reichskassenscheine oder durch Gold in Barren oder ausländischen Münzen gedeckt sein soll, ein Drittel nicht unterschreiten darf, wird bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt.
2. Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 9. Mai 1921.

Der Reichspräsident (gez.) Ebert  
Der Reichskanzler (gez.) Treubach.

Daneben steht fett gedruckt:

1923 Finanzminister Sozialdemokrat Hilferding.

Es soll offenbar bei den unklugen Lesern der Einbruck erweckt werden, daß für die wiedergegebene Verord-

## Hindenburg erklärt sich bereit

wtb. Berlin, 15. Februar. Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die in den letzten Tagen an ihn gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein größter Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Vereiterklärung eine Pflicht erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.“

### Der schwankende Stahlhelm

wtb. Berlin, 15. Februar. Die Presseabteilung des Bundesrates des Stahlhelms R.S. teilt mit: Am Sonntag sind die Landesführer des Stahlhelms in Berlin zur Besprechung der Ange-

der Reichspräsidentenwahl versammelt gewesen. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1920 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg steht, wenn eine ausreife und sichere Voraussetzung für einen neuen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dies zur Kenntnis gebracht worden.

Wie aus obigem zu ersehen ist, hat Hindenburg über einen Kurswechsel nichts erklärt. Was also wird der Stahlhelm endlich tun?

### 2370 000 Zeichnungen für Hindenburg

Berlin, 18. Februar. (Via. Funk.) Der Hindenburg-Kurschuh meldet, daß sich nach den ihm bis Sonntag abend zugegangenen Meldungen etwa 2370 000 Personen für die Wiederwahl Hindenburgs eingetragen haben. Die Zählung sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

### Präsidentenwahl am 13. März

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen dahin verständigt, daß er dem Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März, vorschlagen hat. In der Voraussetzung, daß der Reichstag diesem Vorschlag entsprechend beschließen wird, hat der Reichsminister die Landesregierungen gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Stimmlisten und der Beschaffung der Stimmunterlagen sofort zu beginnen.

## Gemeiner Heberfall auf Reichsbanner

Saufsekretär Rusiol schwer verletzt

Berlin, 15. Februar. (Via. Draht.) Am Sonntag nachmittag wurde nach einer Versammlung in Bisdorf bei Connsdorf, Kreis Kreuzburg (Oberschlesien), der Sauaufsekretär des Reichsbanners für Oberschlesien, Rusiol (Hindenburg), der sich in Begleitung von 16 Reichsbannerleuten befand, von etwa 100 Nazis und Stahlhelmern überfallen und so übel zugerichtet, daß er bewußtlos ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Als die Nazis in der Reichsbannerversammlung wiederholt sich brüllend bemerkbar machten, wurden sie an die frische Luft gesetzt. Sie holten daraufhin Verstärkung aus einem Nachbardorf, die in mehreren Wagen eintraf. Die Versammlung war indessen beendet worden und die Teilnehmer befanden sich zum größten Teil bereits auf dem Heimweg. Rusiol und 16 Reichsbannerleute verblieben noch eine Weile in dem Gasthof, der von den Stahlhelmern belagert wurde, ohne daß sich die Gendarmerie blicken ließ. Die Reichsbannerleute beschlossen dann, Rusiol zum Bahnhof zu bringen, der etwas abseits lag. Auf der Chaussee wurden sie dann überfallen. Rusiol wehrte sich mit seiner Pistole, indem er mehrere Schüsse abgab. Als der letzte Schuß gefallen war, prägten ihn die Nazis und Stahlhelmer nieder und ließen ihn liegen. Auch von den anderen Reichsbannerleuten sind mehrere erheblich verletzt worden.